



Staatsanwalt des Bundes:
Juristische Mitarbeiterin:
Sekretariat:
Verfahrensnummer:
Bern, 3. Februar 2015

Andreas Müller
Stefanie Heinrich
Said Boudjerima
SV.15.0101-MUA

Bundesanwaltschaft
Ministère public de la Confédération
Ministero pubblico della Confederazione
Procura pubblica federale

GESEHEN UND BEWILLIGT
VU ET AUTORISÉ
VISTO E AUTORIZZATO

[Signature]

Verfahrensnummer:
Affaire n°:
Procedimento n°:
Date:
Data:

Nichtanhandnahmeverfügung Art. 310 StPO i.V.m. Art. 319 StPO

Beschuldigte Person

Josef ACKERMANN, als ehemaliger ~~Vorsitzender der Deutschen~~
Bank,

**Neil ABERCROMBIE, Leutnant Shan TSUTSUI, Frederik PABLO,
Joshua WISCH**, mutmasslich wohnhaft im Bundesstaat Hawaii

Straftatbestand

Anzeige wegen Kriegsverbrechen nach Art. 264c Abs. 1 Bst. d und
264g Abs. 1 Bst. c StGB; Art. 108 und 109 aMStG

Privatklägerschaft
(Art. 118ff. StPO)

Kale Kepekaio GUMAPAC, °15-1939, 20th Avenue, Kea'au, HI
96749,

beide v.d. David Keanu SAI, Honolulu, HI 96805-2194

Sachverhalt/Tatvorwurf

a) Am 22. Dezember 2014

[REDACTED], Strafanzeige wegen
angeblich auf Hawaii begangenen Kriegsverbrechen und übermittelte
einen umfangreichen Bericht eines David Keanu SAI. Der eingereichte
Bericht mit dem Titel „*War Crimes Report: International Armed
Conflict and the Commission of War Crimes in the Hawaiian Islands*“
verdächtigt die US-amerikanischen Behörden der Begehung des
Kriegsverbrechens der Plünderung durch ungerechtfertigte Erhebung
von Steuern, da sämtliche vor Ort errichteten Behörden nach dem
Recht des hawaiischen Königreichs verfassungswidrig seien (Ziff. 15
ff. des Berichts). Ebenso sei Joseph ACKERMANN, ehemaliger Vor-
sitzender der Deutschen Bank, für die Begehung von Kriegsverbre-
chen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Aus dem Bericht
geht hervor (Ziff. 15.8 ff.), dass diese Anschuldigung offenbar aus
einer zivilrechtlichen Streitigkeit zwischen Kale Kepekaio GUMAPAC
und der *Deutsche Bank National Trust Company*, als herrührt. GU-
MAPAC, Eigentümer eines Grundstücks auf Hawaii und Hypothekar-
kreditschuldner der *Deutsche Bank National Trust Company*, habe
von der *Stewart Title Company* eine sogenannte „*title insurance*“ er-
worben, welche den Hypothekarkredit absichere, falls der Eigentums-

erwerbstitel seines grundpfandbelasteten Grundstücks mangelbehaftet sein sollte. Infolge der illegalen Annexion des Königreichs Hawaii seien die örtlichen US-amerikanischen Notariate gar nicht zur Eigentumsübertragung legitimiert gewesen und der entsprechende Erwerbstitel sei nichtig. Deshalb hätte die *Deutsche Bank National Trust Company* ihre Rechte aus der „title insurance“ geltend machen müssen. Die Bank habe diesen Umstand aber nicht anerkannt und stattdessen das Haus zur Deckung ihrer Hypothekarforderung liquidiert. Dadurch habe sie das Haus GUMAPACS geplündert im Sinne des Kriegsvölkerrechts.

b) Mit Schreiben vom 21. Januar 2015 machte [REDACTED] geltend, er sei Geschädigter eines Kriegsverbrechens im Sinne von Art. 115 StPO, weil er in den Jahren 2006, 2007, 2011, 2012 und 2013 Steuerabgaben an die US-amerikanischen Behörden auf Hawaii geleistet habe. Die Erhebung der Steuern durch die Okkupationsmacht sei eine durch militärische Erfordernisse nicht gerechtfertigte Aneignung von Gut in grossem Ausmass. Er sei zudem Opfer eines Betrugs, begangen durch den Staat Hawaii, indem er gemeinsam mit seiner Ehefrau eine Immobilie habe erwerben wollen, was aber aufgrund der fehlenden Legitimität der staatlichen Behörden Hawaiis zur Übertragung des Eigentumstitels unmöglich sei. Der Gouverneur des Staates von Hawaii, Neil ABERCROMBIE, Leutnant Shan TSUTSUI, Frederik PABLO, Direktor der Steuerbehörde, und sein Stellvertreter Joshua WISCH, seien wegen Plünderung des privaten Eigentums des [REDACTED] und wegen Betrugs strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

c) Am 22. Januar 2015 bekräftigte Kale Kepekaio GUMAPAC schriftlich die Vorwürfe gegen Joseph ACKERMANN und machte zudem Rechte aus Art. 1 des ungekündigten Freundschaftsvertrags zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem damaligen Hawaiischen König vom 20. Juli 1864 geltend.

Begründung

a) Aus den Akten und den nachfolgenden Erwägungen ergibt sich, dass die fraglichen Straftatbestände eindeutig nicht erfüllt sind und Prozessvoraussetzungen fehlen, weshalb die Nichtanhandnahme zu verfügen ist (Art. 310 Abs. 1 Bst. a StPO).

Die Anwendung des Kriegsvölkerrechts setzt einen bewaffneten Konflikt bzw. die vollständige oder teilweise Besetzung des Gebietes einer Vertragspartei der Genfer Abkommen voraus (vgl. gemeinsamer Art. 2 der vier Genfer Abkommen; SR 0.518.12, 23, 42 und 51).

Im Jahre 1898 annektierten die Vereinigten Staaten von Amerika die Republik Hawaii (1894 bis 1898) und damit auch das vormalige Königreich Hawaii. Die der Annexion zugrunde liegende Resolution übertrug sämtliche Souveränitätsrechte in und über die hawaiischen

Inseln und die von Hawaii abhängigen Gebiete mit Zustimmung der Regierung der Republik Hawaii den Vereinigten Staaten von Amerika und machte diese zu amerikanischem Territorium (vgl. *55th Congress of the United States of America, Joint Resolution to Provide for Annexing the Hawaiian Islands to the United States vom 7. Juli 1898*). Am 21. August 1959 wurde Hawaii als 50. Bundesstaat in die Union der Vereinigten Staaten aufgenommen. Gemäss offiziellen Angaben (vgl. Länderindex des Bundesamts für Justiz des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements) der Schweiz umfasst das Gebiet der Vereinigten Staaten von Amerika heute alle 50 Bundesstaaten sowie die Insel Guam, die Jungferninseln und die Nördlichen Marianen. Die Schweiz unterhält diplomatische Beziehungen zu den USA und sogar ein Konsulat in Honolulu. Hawaii wird demnach von der offiziellen Schweiz als Teil der USA anerkannt und war im relevanten Tatzeitraum von 2006 bis 2013 aus schweizerischer Sicht weder vollständig noch teilweise von den Vereinigten Staaten besetzt, was eine Anwendung der Genfer Konventionen und die sich darauf abstützenden Art. 108 und 109 aMStG bzw. Art. 264b ff. StGB von vornherein ausschliesst. Eine Neu Beurteilung der Annexion Hawaiis durch die Vereinigten Staaten, wie von den Privatklägern implizit gefordert, ist nicht Aufgabe der Schweizerischen Bundesanwaltschaft.

b) Selbst wenn man mit den Anzeigern einen Okkupationszustand annehmen würde, dürfte die Besatzungsmacht in dem von Art. 48 und 49 der Internationalen Übereinkunft betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges von 1899 (sog. Haager Landrecht, SR 0.515.111) vorgegeben Rahmen Abgaben, Zölle und Gebühren erheben.

c) Bezüglich der Anschuldigungen gegen Joseph ACKERMANN als ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Bank ist zu bemerken, dass es sich beim angezeigten Sachverhalt - soweit nachvollziehbar - um die Verwertung eines pfandbelasteten Grundstücks durch die Hypothekargläubigerin wegen Einstellung der Zinszahlungen durch den Schuldner handelt. Dies ist ein rein zivilrechtlicher Vorgang, der ebenfalls nicht durch Schweizer Strafverfolgungsbehörden zu prüfen ist.

d) Für die Verfolgung des gleichzeitig zur Anzeige gebrachten Betrugs, angeblich begangen durch die sich auf Hawaii befindlichen Beamten Neil ABERCROMBIE, Leutnant Shan TSUTSUI, Frederik PABLO und Joshua WISCH ist die Schweiz auch nicht zuständig. Weder Art. 4, 5, 6 noch 7 des StGB begründen Schweizer Gerichtsbarkeit.

e) Eingaben an die Bundesanwaltschaft sind in einer der Landessprachen einzureichen (Art. 3 Strafbehördenorganisationsgesetz, StBOG; SR 173.71). Da auf die vorliegende Anzeige nicht einzutreten ist, kann ausnahmsweise auf deren Übersetzung verzichtet werden.

f) Die Kosten dieser Verfügung gehen zu Lasten der Bundeskasse (Art. 423 StPO).

g) Diese Verfügung wird Josef ACKERMANN eröffnet. Die Privatkläger und die übrigen Angezeigten leben auf Hawaii, ohne ein der Bundesanwaltschaft bekanntes Zustelldomizil in der Schweiz bezeichnet zu haben. Die vorliegende Verfügung wird daher zuhanden der Akten eröffnet. Auf deren öffentliche Bekanntmachung wird verzichtet und sie gilt als rechtsgültig zugestellt (Art. 88 Abs. 4 StPO).

In Anwendung von Art. Art. 264c Abs. 1 Bst. d und 264g Abs. 1 Bst. c StGB; Art. 108 und 109 aMStG; Art. 310 Abs. 1 Bst. a und Abs. 2 i.V.m. Art. 319 ff. StPO; Art. 3 StBOG wird

verfügt:

1. Die Strafanzeigen und Privatklagen gegen Josef ACKERMANN, Neil ABERCROMBIE, Leutnant Shan TSUTSUI, Frederik PABLO und Joshua WISCH wegen Kriegsverbrechen, angeblich begangen auf Hawaii zwischen 2006 und 2013, werden nicht anhand genommen.
2. Die Kosten gehen zu Lasten des Staates.
3. Diese Verfügung wird per Einschreiben eröffnet an:
 - Josef ACKERMANN
 - Die Privatklägerschaft bei Nennung eines Zustellungsdomizils in der Schweiz.
4. Eine Kopie dieser Verfügung geht nach Eintritt der Rechtskraft an den Rechtsdienst der Bundesanwaltschaft mit Angabe des Datums der Rechtskraft.

Bundesanwaltschaft



Andreas Müller
Staatsanwalt des Bundes



Rechtsmittel

Gegen diesen Entscheid kann nach Art. 393 ff. StPO innert 10 Tagen seit der Zustellung oder Eröffnung schriftlich und begründet Beschwerde bei der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts, Postfach 2720, 6501 Bellinzona, erhoben werden.

English (Translation)

Federal Prosecutor: Andreas Müller
Legal Assistant: Stefanie Heinrich
Secretariat: Saïd Boudjerima
Case number: SV.15.0101-MUA
Berne, February 3, 2015

[rectangular stamp: SEEN AND AUTHORIZED {signature}]

**Decision of non-acceptance
according to Art. 310 StPO in connection with Art. 319 StPO**

Accused person **Josef ACKERMANN**, as former CEO of Deutsche Bank,
Neil ABERCROMBIE, **Lieutenant Shan TSUTSUI**, **Frederik PABLO**, **Joshua WISCH**, presumably residing in the Federal State of Hawaii.

Statutory Offense Complaint for war crimes according to Art. 264c, par. 1, lit. d and 264g, par. 1, lit. c StGB; Art. 108 and 109 aMStG

Private plaintiffs (Art.118 ff. StPO) Kale Kepekaio GUMAPAC, °15-1939, 20th Avenue, Kea’au, HI 96749,
[REDACTED],
both represented by David Keanu SAI, Honolulu, HI 96805-2194

Facts of the case/
charges a) On December 22, 2014 [REDACTED]
[REDACTED], brought a criminal complaint for war crimes allegedly committed in Hawaii and transmitted a voluminous report by a David Keanu SAI. The submitted introduced entitled “*War Crimes Report: International Armed Conflict and the Commission of War Crimes in the Hawaiian Islands*” suspects the US-American authorities of committing the war crime of pillaging by levying taxes without legal cause, since all authorities locally established are said to be unconstitutional under the laws of the Hawaiian Kingdom (section 15ff of the report). Likewise, Joseph ACKERMANN, former CEO of Deutsche Bank, is said to be held criminally liable for the committing of war crimes. The report states (section 15.8 ff) that this accusation apparently stems from a civil matter dispute between Kale Kepekaio GUMAPAC and *Deutsche Bank National Trust Company*. GUMAPAC, owner of a property on Hawaii and holder of a mortgage loan of *Deutsche Bank National Trust Company*, is said to have acquired from *Stewart Title Company* a so-called “*title insurance*,” which secures his mortgage loan in case the title of acquisition of his mortgaged property would be defective. It is said that based on the illegal annexation of the Kingdom of Hawaii, the local US-American notary offices were not at all

authorized to transfer property and that the respective title of ownership was thus null and void. Therefore *Deutsche Bank National Trust Company* should have claimed its rights stemming from the "title insurance." However, it is said that the bank did not recognize this fact and instead foreclosed the house in order to cover its claims stemming from the mortgage. It is alleged that by doing so GUMAPAC's House was pillaged according to the international laws of war.

b) In a letter dated January 21, 2015, [REDACTED] alleged that he is a victim of a war crime according to Art. 115 StPO, because in the years 2006, 2007, 2011, 2012 and 2013 he paid taxes to the US-American authorities in Hawaii. The levying of taxes by the occupier is alleged to be an unjust appropriation of property on a large scale, which is not justified on the basis of military requirements. In addition it is alleged that he is the victim of a fraud committed by the State of Hawaii, inasmuch as he, together with his wife, intended to acquire a property, which however on the basis of the lack of legitimacy of the official authorities of Hawaii to register the transfer of ownership title was impossible. The Governor of the State of Hawaii ABERCROMBIE, Lieutenant Shan TSUTSUI, Frederik PABLO, director of the Department of Taxation, and his deputy Joshua WISCH should be held criminally liable on account of pillaging of the private property of [REDACTED] and on account of fraud.

c) On January, 22, 2015, Kale Kepekaio GUMAPAC confirmed in writing the accusations against Joseph ACKERMANN and in addition pointed out his rights stemming from Art. 1 of the friendship treaty between the SWISS CONFEDERATION and the then HAWAIIAN KING of July 20, 1864, which was never cancelled.

Justification

a) From the documents and the subsequent deliberations arises the conclusion that the statutory criminal offenses in question are clearly not fulfilled and the basis for prosecution is lacking, for which reason it is decided not to accept the matter (Art. 310, par. 1, lit. a StPO).

The application of the international law of war postulates an armed conflict, respectively the complete or partial occupation of the territory of a contracting party of the Geneva Conventions (compare common Art. 2 of the four Geneva Conventions: SR 0.518.12, 23, 42 and 51).

In the year 1898 the United States of America annexed the Republic of Hawaii (1894 until 1898) and thereby also the former Kingdom of Hawaii. The resolution providing the basis for the annexation transferred all rights

of sovereignty in and over the Hawaiian Islands and the territories dependent on Hawaii with the consent of the government of the Republic of Hawaii to the United States of America and rendered these American Territory (compare *55th Congress of the United States of America, Joint Resolution to Provide for Annexing the Hawaiian Islands to the United States of July 7, 1898*). On August 21, 1959, Hawaii was admitted as the 50th Federal State into the Union of the United States. According to official statements of Switzerland (cf. the Country Index of the Federal Office of Justice of the Federal Department of Justice and Police), the territory of the United States of America today comprises all 50 Federal States as well as the Island of Guam, the Virgin Islands and the Northern Marianas. Switzerland maintains diplomatic relations with the United States and even a consulate in Honolulu. Hawaii thus is recognized by official Switzerland as part of the USA and in the relevant period from 2006 to 2013 in the view of Switzerland was neither completely nor partially occupied by the United States, which a priori excludes an application of the Geneva Conventions and Art. 108 and 109 aMSTG as well as Art. 264 b ff. StGB based on them. A reappraisal of the annexation of Hawaii by the United States, as implicitly requested by the private plaintiffs, is not the responsibility of the Office of the Swiss Federal Attorney General.

b) Even if one were to assume, with the plaintiffs, a state of occupation, the occupying power would be justified to levy taxes, customs duties and fees within the framework stipulated by Art. 48 and 49 of the International Convention with respect to the Laws and Customs of War on Land of 1899 (the so-called Hague Convention, SR 0.515.111).

c) Concerning the accusations directed at Joseph ACKERMANN we should remark, that we are dealing here – as far as can be understood – with the foreclosure of a mortgaged property by the mortgage creditor on account of the interest payments having been stopped by the debtor. This is a purely civil matter which is also not to be examined by Swiss prosecuting authorities.

d) For the prosecution of fraud that was simultaneously reported, allegedly perpetrated by the officials Neil BERCROMBIE, Lieutenant Shan TSUTSUI, Frederik PABLO and Joshua WISCH, Switzerland is also not responsible. Neither Art. 4, 5, 6 nor 7 of the StGB justify Swiss jurisdiction.

e) Submissions to the Office of the Federal Attorney General are to be deposited in one of the national languages (Art. 3 Law on the Organization of Prosecuting Authorities, StBOG; SR 173.71). Since we do not have to deal with the present complaint, a translation of submitted materials can exceptionally be waived.

f) The costs of this decision are borne by the Federal Exchequer (Art. 423 StPO).

g) This decision will be rendered to Josef ACKERMANN. The private plaintiffs and the remaining accused persons live in Hawaii without having indicated a postal address in Switzerland to the Office of the Attorney General. The decision at hand will therefore be made official for the record. A public announcement is waived and it is considered to be legally rendered (Art. 88, paragraph 4 StPO).

Applying Art. 264 c, par. 1, lit. d and 264 g, par. 1, lit. c StGB; Art. 108 and 109 aMStG; Art. 310, par. 1, lit. a and par. 2 in connection with Art. 319 ff StPO; Art. 3 StBOG

it is decided that:

1. The criminal complaints and the civil complaints against Josef ACKERMANN, Neil ABERCROMBIE, Lieutenant Shan TSUTSUI, Frederik PABLO and Joshua WISCH for war crimes allegedly committed in Hawaii between 2006 and 2013 will not be pursued.
2. The costs will be borne by the State
3. This decision will be rendered by registered letter to
 - Josef ACKERMANN
 - The private plaintiffs upon indication of a postal address in Switzerland.
4. A copy of this decision, upon it having obtained legal force, is furnished to the Legal Branch of the Office of the Federal Attorney General with an indication of the date of its having obtained legal force.

Office of the Federal Attorney General

[signature]

Andreas Müller
Federal Prosecutor

[seal: Office of the Swiss Federal Attorney General]

Right to object

This decision can be objected according to Art. 393 ff. StPO within 10 days after delivery or disclosure, in writing and by providing cause, to the Objections Chamber of the Federal Criminal Court, P.O. Box 2720, 6501 Bellinzona.